



Links, wo das Herz ist – SPD bleibt die linke Volkspartei!

von Iris Gleicke



Foto: www.photocase.com

» Seit dem Vereinigungsparteitag von PDS und WASG sieht sich die SPD mit einer wortgewaltigen Konkurrenz von links und mit einer für sie im Westen gänzlich neuen Situation konfrontiert. Lange wurde die SED-Nachfolgerin als eine Übergangserscheinung bzw. als ein spezifisch ostdeutsches Problem betrachtet, das sich irgendwann von selbst erledigen würde. Stattdessen etablierte sich im Osten ein stabiles Ossi-Parteiensystem, in dem sich die SPD in einem Zweifronten-Kampf der Konkurrenz von links und rechts zu erwehren hatte. Da Koalitionen mit den SED-Nachfolgern von vielen Sozialdemokraten aus höchst nachvollziehbaren Gründen zunächst rigoros abgelehnt wurden, drohte die SPD vielerorts in einer Art babylonischer Gefangenschaft der CDU zu verharren. Die von der CDU ebenso clever wie skrupellos inszenierte Rote-Socken-Kampagnen schürten eine Kommunistenangst im Westen und engten die Spielräume der Ost-SPD ein. Insofern waren die bisherigen SPD-PDS-Koalitionen auf Landesebene für die Ost-SPD wichtige Schritte in Richtung eines größeren Selbstbewusstseins, denn durch die Sacharbeit dieser Koalitionen wurde deutlich, dass die Beteiligung der PDS an Landesregierungen eben nicht die Rückkehr der DDR-Diktatur nach sich zog. Unter dem Druck realer Sachzwänge und des pragmatischen Regierungshandelns wurde die PDS zunehmend als eine weitgehend „normale“ Partei wahrgenommen, die entgegen ihrer eigenen Rhetorik keinesfalls in der Lage ist, gesellschaftliche und ökonomische Gegebenheiten außer Kraft zu setzen. Damit gelang es, die PDS ein Stück weit zu entzaubern. Sie wurde so gewissermaßen bis zur Kenntlichkeit entstellt.

» Die Entwicklung der WASG im Westen vollzog sich unter gänzlich anderen Bedingungen. Ihr Aufstieg ist nicht zu erklären ohne die Agenda 2010 der zweiten Regierung Schröder. Es ist uns als Sozialdemokraten damals nicht gelungen, insbesondere die Reformen am Arbeitsmarkt der kritischen Öffentlichkeit als das zu vermitteln, was sie waren und sind: Als Versuch, den Sozialstaat konsequent weiter zu entwickeln und vor allem vor seinen neoliberalen Henkern zu beschützen. Wenn Sozialdemokraten heutzutage mit manchmal üblen Worten als „Totengräber des Sozialstaats“ diffamiert wurden, hat das einen schlimmen Beigeschmack und mit Wahrheit und Realität nichts zu tun. Fast hat es den Anschein, als würde manch Linksparteiler am liebsten auf die Stalinsche Theorie vom „Sozialfaschismus“ zurückgreifen, die in den Sozialdemokraten den „Hauptfeind“ zu erkennen glaubte und damit die vollständige Spaltung der Arbeiterbewegung und ihre spätere Zerschlagung durch den Hitlerfaschismus entscheidend begünstigte. Das sollten sich jene in Erinnerung rufen, die grinsend dabeistehen, wenn auf öffentlichen Veranstaltungen „Wer hat uns verraten...“ skandiert wird.

» Auch jenseits von Figuren wie Lafontaine und Maurer hat es die SPD bei der Linkspartei-West jedenfalls zu einem gewissen Teil mit einer sehr heterogenen Mischung aus enttäuschten Sozialdemokraten, frustrierten Gewerkschaftern und auch mit ehemaligen Angehörigen verschiedener Splitterparteien zu tun, also mit Leuten, die durchaus über große Organisationserfahrung und über einen nicht zu unterschätzenden politischen Background verfügen. Im Konrad-Adenauer-Haus dürften nach dem Vereinigungsparteitag jedenfalls die Sektorken geknallt haben. Eine neue Partei, die der SPD von links aus das Leben schwerer macht, ist Wasser auf die Mühlen der Union, zumal die Linkspartei mit Lafontaine und Gysi Rhetoriker der Extra-Klasse und gestandene Talkshow-Profis an ihre Spitze gestellt hat.

» Muss sich die SPD also vor der Linkspartei fürchten? Wäre sie gut beraten, den derzeit von Lafontaine und Co. besetzten Teil des linken Spektrums zu räumen und ihr Heil in der bürgerlichen Mitte zu suchen? Aus meiner Sicht wäre das Selbstmord aus Angst vor dem Tod. Die SPD muss im Gegenteil ihre soziale Kompetenz ebenso wie ihre Zielvorstellungen stärker betonen und dabei auf allen geeigneten Feldern die inhaltliche Auseinandersetzung mit den anderen Parteien und selbstverständlich auch mit der Linkspartei suchen und bestehen.

Die zeitweise miesen Umfragewerte der SPD ändern nichts daran, dass sie die große linke Volkspartei ist, während die Linkspartei erst noch eine richtige Partei werden will – wenn sie das denn will. Auch mit einer noch so wortgewaltigen Oppositionsrhetorik, verbunden mit dem Stellen unerfüllbarer finanzieller Forderungen, vermag man dort die inhaltlichen und organisatorischen Defizite allenfalls mühsam zu kaschieren. Die SPD sollte sich auch in ihrer künftig westdeutsch dominierten Spitze die Erfahrungen zunutze machen, die wir ostdeutschen Sozialdemokraten seit 1990 im Umgang mit der PDS gesammelt haben.

» Mein eigener politischer Werdegang ist mit dieser Auseinandersetzung unablässig verknüpft. Das Vertrauen der Bevölkerung gewinnt man letztlich durch sachliche Arbeit, bei der die manchmal gewiss auch bittere Einsicht ins Notwendige und das mutige Vertreten des politisch Machbaren ebenso wichtig sind wie das konsequente Eintreten für die eigenen Ideale und Positionen.

Die Linkspartei ist einer unserer politischen Gegner. Wir sollten und wir werden sie mit fairen Mitteln bekämpfen. Ob man mit dieser Partei von Fall zu Fall nach Wahlen eine Koalition auf Landesebene eingeht oder nicht, hängt schlicht davon ab, ob sich damit sozialdemokratische Politik durchsetzen lässt. Im Land kann gehen, was auf Grund der außenpolitischen Vorstellungen der Linkspartei im Bund unmöglich wäre. Darüber muss jeder SPD-Landesverband selbst entscheiden. Am Nasenring durch die Manege zerren lässt sich die SPD allerdings von niemandem und erst recht nicht von einer Partei, die sich noch längst nicht entschieden hat, ob sie eine destruktive Fundamental-Opposition betreiben oder ernsthaft Politik mit gestalten will.

» Ich maße mir nicht an, eine klare Voraussage darüber zu treffen, welchen Weg die Linkspartei nehmen wird. Wenn sie sich jedoch nicht in absehbarer Zeit in ihrer Gesamtheit den Mühen der Ebene stellt, wird sie keine Zukunft haben, sondern bloße Episode bleiben. Wir Sozialdemokraten setzen uns unsere Ziele selbst. Uns stellt sich die bleibende Aufgabe, unsere Gesellschaft und unser Land tagtäglich ein wenig gerechter zu machen. Wenn die SPD diesen Anspruch glaubwürdig vertritt und ihn tatkräftig in konkrete Politik umsetzt, bleibt sie im Sinne Willy Brandts links und frei. Mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität: Damit gestalten wir soziale Demokratie. Das ist demokratischer Sozialismus! ■

☞ Iris Gleicke, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, spw-Mitherausgeberin und Vorstandsmitglied des Forum DL21 e.V., sie lebt in Schleusingen.